

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 25, Klaus-Groth-Str. 1, 1. Stod.
Fernsprecher: Nordsee 8248

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Das Reparationsgutachten und die Lohnempfänger.

Es ist eine merkwürdige Fügung des Schicksals, daß das Gutachten der Sachverständigen von den Lohnempfängern gegenüber den Deutschnationalen in Schutz genommen werden muß. Im Lager der Deutschnationalen sind Großgrundbesitz und Großkapital vereinigt. Es ist nicht schwer, nachzuweisen, daß die aus der Annahme des Gutachtens für die deutsche Volkswirtschaft erwachsenden schweren Lasten nicht diesen Klassen, sondern in erster Linie den Lohnempfängern aufgebürdet werden. Und dennoch müssen letztere für die Annahme des Gutachtens eintreten. Wieder einmal müssen die Arbeiter und die Angestellten das Verantwortungsbewußtsein für die deutsche und europäische Volkswirtschaft übernehmen und müssen sich einer verantwortungslosen, auf primitive Leidenschaften der Bevölkerung gestützten Propaganda entgegenstellen. Sie müssen die schwersten Opfer auf sich nehmen, um die neue Zerrüttung der Währung mit ihren sämtlichen Folgen, die die deutsche Volkswirtschaft nicht zu ertragen vermöchte, zu verhüten, um dem europäischen Imperialismus den Wind aus den Segeln zu nehmen, um den Boden für die künftigen sozialen Kämpfe von störenden außenpolitischen Komplikationen infolge der ungelösten Reparationsfrage zu reinigen.

Das Gutachten selbst bietet auch genug Hinweis darauf, daß das Schicksal der Lohn- und Gehaltsempfänger während der ganzen Zeit der Reparationsleistungen sehr verschlimmert wird. In der Einführung wird zwar behauptet, daß durch die Ausführung des Gutachtens die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung nicht schlechter gestaltet werden soll als die eines andern Landes. Dies kann aber höchstens als frommer Wunsch gelten, wofür sachliche Unterlagen fehlen. Bezeichnend ist dagegen der Bericht der Eisenbahnsachverständigen, worin die Annahme ausgebrückt wird, daß die Nominallöhne sowohl der Eisenbahner wie in der übrigen Industrie auch künftig unter dem Friedensstand bleiben werden. Die Preise sind aber heute schon hoch über dem Vorkriegsstand und werden infolge der stufenweisen Aufhebung des Mieterschutzes und der zu erwartenden weiteren Verteuerung der Rohstoffe noch weiter steigen. Dennoch stützte sich dieser Bericht auf die Annahme von Löhnen, die niedriger als die Vorkriegs-nominallöhne sind. Auch die Einnahmequellen, die im Gutachten für Reparationsleistungen vorgesehen werden, sprechen für die Belastung der Lohnempfänger beziehungsweise der Verbraucher. Die Eisenbahntarife müssen unjeweilen hoch gehalten werden, was sich um so mehr in erhöhten Warenpreisen ausdrücken wird, als die Höhe der Frachten für Deutschland ein besonders wichtiger Faktor der Preisbildung ist. Außerdem müssen Zölle und verpöbiedene Verbrauchssteuern auf sehr beträchtlicher Höhe gehalten werden. Diese Steuern sind vorgeschrieben, nicht über etwa eine gerechte Grundrentensteuer oder eine durchgreifende Erbschaftsteuer. Das Gutachten hebt sogar besonders hervor, daß die Landwirtschaft absichtlich nicht mit einer Sondersteuer für Reparationszwecke herangezogen wird.

Neben der Ablieferung der Reparationsleistungen müssen aber die ordentlichen Ausgaben des Reiches aufgebracht werden. Wie die Lasten verteilt werden, hängt von jeweiligen Machtverhältnissen und vom Ausgang der sozialen Kämpfe ab, die darum geführt werden müssen. Die Ausflüchte für die nahe Zukunft sind dafür nicht einflüchtig. Werden zum Beispiel unter dem Druck der Agrarier im nächsten Jahr hohe landwirtschaftliche Schutz-zölle eingeführt, die die Lebenshaltung der Bevölkerung noch weiter verteuern, so kann man mit deren Abbau in nächster Zeit kaum rechnen, da erfahrungsgemäß der Abbau einmal eingerichteter Zölle nur sehr schwer zu erreichen ist. Selbst im besten Fall und bei einem erfolgreichen sozialen Kampf um die gerechte Verteilung der Lasten werden die Lohnempfänger unter ständigem Steuerdruck bleiben.

Wir müssen aber, um die Lage richtig zu beurteilen, die durch die Reparationsleistungen bewirkten volkswirtschaftlichen Vorgänge ins Auge fassen. Die Durchführung der Reparationsleistungen he die Drosselung der Einfuhr und das Bestreben nach größtmöglicher Ausfuhr zur Voraussetzung. Die Erfüllung dieser Forderungen hängt von den verschiedensten Faktoren ab, sie muß aber mit dem größten Nachdruck angestrebt werden, wenn Reparationsleistungen ermöglicht werden sollen. Für uns kommt hier die Wirkung für die Lohnempfänger in Frage. Die Erschwerung der Einfuhr wird die Lebenshaltung verteuern. Erfolgt sie, wie oben angedeutet, durch hohe Agrarzölle, die den Landwirten zu Profitten verhelfen, ohne sie zur Steigerung der Produktion anzuregen, so wird das Uebel noch größer sein. Dasselbe trifft auch für die Industrieprodukte zu. Die Ausfuhr kann aber angesichts der Lage der Weltwirtschaft nur auf der zu Reparationsleistungen nötigen Höhe gehalten werden, wenn die Preise der deutschen Waren niedrig sind. Die Gläubiger nehmen dies für die Zukunft an, indem sie eine so starke Verminderung der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung erwarten, daß niedrige Preise der Ausfuhrwaren die Folge sein müssen. In den Besprechungen der ausländischen Volkswirtschaftler über das Gutachten wird dies offen ausgesprochen. Der Hunger der deutschen Bevölkerung soll die Ausfuhr ermöglichen. Das Vordringen des Monopolkapitals bewirkt an sich schon die Verminderung der Kaufkraft. Hierfür soll aber weiter noch die Kapitalknappheit sorgen, die zu einer ständigen Erscheinung zu werden droht. Die an die Gläubiger abgeführten Reparationsleistungen unterscheiden sich nämlich von den übrigen Steuern dadurch, daß während die letzteren in die Volkswirtschaft zurückfließen, dort als Anlage- und Betriebskapital verwendet und zur Grundlage neuer Steuererträge werden, die ersten für die deutsche Volkswirtschaft verlorengehen. Es ist zwar im Gutachten das Verbleiben eines Teiles der Reparationsleistungen in Deutschland selbst vorgesehen, jedoch nur für den Fall, daß sie nicht ohne Gefährdung der deutschen Währung in fremde Wäluen umgewandelt werden können. Dies ist aber zweifelhaft, viele deutsche und ausländische Sachverständige meinen, daß die Uebertragung ohne Störung vor sich gehen dürfte. Außerdem aber würden die Zinsen und die Dividenden nach den hiergebliebenen „Reparationskapitalien“ wieder auswandern. Die Kapitalknappheit bedeutet aber ständig hohe Zinsen, die ihren Ausdruck in erhöhten Produktionskosten finden müssen. Ein Ausgleich kann nur durch die Niedrighaltung der Löhne gefunden werden. In der Tat pflegen hohe Kapitalzinsen immer mit niedrigen Löhnen Hand in Hand zu gehen.

Sieht man sich also die Lage der verschiedenen Klassen an, so stellt es sich heraus, daß das Finanzkapital dank der hohen Zinsen sich einer guten Konjunktur erfreuen wird. Die Landwirtschaft wird ohne Sonderbesteuerung, und besonders, wenn ihr noch Agrarzölle gewährt werden — ebenfalls nicht unter den Leidtragenden sein. Es bleiben noch die Profite der Industrie, die für die Reparationsleistungen geschmälert werden sollen. Wir können aber auf eine Verteidigung dieser Profite unter dem Verdammnis einer notwendigen neuen Akkumulation des Kapitals gefaßt sein. In dem jährlich große Summen — ersparte beziehungsweise erhaltene Kapitalien — unentgeltlich nach dem Ausland wandern müssen, wird man die Notwendigkeit der Sammlung neuer Kapitalien betonen, was nur in der Form von Profitten zustande kommen kann, insbesondere, da es sich um die Schaffung eines mobilen Kapitals für den Betriebsfonds handelt. Die verminderte Kaufkraft und der eingeschränkte Verbrauch sollen nicht nur der Förderung der Ausfuhr, sondern auch der Kapitalakkumulation dienen. Für beide müssen die Lohn- und Gehaltsempfänger aufkommen.

Steht diesen Leiden der Lohn- und Gehaltsempfänger wenigstens die Hoffnung auf ständige Beschäftigung

entgegen? Nicht einmal dies kann bejaht werden. Daß die öffentlichen Körperschaften ihre Ausgaben einschränken, die Verwaltung ungenügend besetzt halten müssen, entspringt der absoluten Notwendigkeit der Balancierung des Budgets, die infolge der jährlichen Kapitalausströmung zu einer immer schwierigeren Aufgabe wird. Aber auch Industrie, Handel und Gewerbe sind stark durch unproduktive Elemente überlastet. Frauen, enteignete Angehörige des Mittelstandes wurden während der Inflationszeit in den verschiedenen Berufszweigen untergebracht, und es fragt sich, wie diese — insbesondere angesichts der sehr starken Bevölkerungsvermehrung — auf die Dauer beschäftigt werden können. Der innere Verbrauch muß wie ausgeführt — zur Ermöglichung der Reparationsleistungen eingeschränkt werden, was auf den Beschäftigungsgrad ungünstig zurückwirken dürfte. Daß die Ausfuhr der deutschen Produkte selbst bei niedrigen Preisen im erwünschten Ausmaß möglich ist, ist keineswegs sicher. Die Industrialisierung einer großen Anzahl ost-europäischer und überseeischer Länder und die allgemeine Ueberkapitalisierung in den großen Industrieländern lassen die Aussichten der deutschen Ausfuhr in keinem günstigen Licht erscheinen, es sei denn, daß diese durch internationale Vereinbarung in bisher noch nicht erschlossene Gebiete geleitet werden kann.

Dennoch sind diese dunklen Vorherhersagungen nicht zwangsläufig, wenigstens nicht in ihrem ganzen Umfang. Die Gefahren müssen eben deshalb klar erkannt werden, um ihnen, soweit dies möglich ist, vorzubeugen. Bei der Ausführung des Gutachtens und der Beschaffung der übrigen Staatsausgaben ist noch ein großer Spielraum für die Verbesserung des Schicksals der arbeitenden Massen vorhanden. Ihre Lebenshaltung kann durch die eine oder die andere Art der Behandlung der Steuer-, Zoll- und Kreditfragen usw. entscheidend beeinflusst werden. All dies muß aber hart erkämpft werden, und die Erkenntnis der schwereren Lasten, die das Gutachten den deutschen Arbeitern und Angestellten aufbürdet, soll uns zu diesem Kampf innerhalb und außerhalb Deutschlands neue Kräfte verleihen.

A. H.

Konjunkturbericht für Mai 1924.

Es ist eine Eigenart des Malergewerbes, daß seine Tätigkeit nicht immer an ein und demselben Orte, dem Betriebssitz oder der Werkstelle, ausgeübt wird. Die meisten Aufträge sind Privatarbeiten, wo nur ein Teil der Gehilfen, oft auch nur einzelne Personen, beschäftigt werden, die vielfach nach den laufenden Bedürfnissen des Betriebes und der persönlichen Befähigung des einzelnen ausgewechselt werden. Dadurch begegnet die Feststellung der Betriebsverhältnisse, besonders in Zeiten flotten Geschäftsganges, größeren Schwierigkeiten, da eine persönliche Führungnahme durch die räumliche Abwesenheit der Arbeitsstellen erschwert, bei auswärtigen Arbeiten unmöglich ist. Die Berichterstattung ist für den Monat Mai denn auch etwas zurückgegangen, und sind es besonders die großen Städte und die dortigen Großbetriebe, die zum Teil etwas mangelhaft berichtet haben.

Von 40 Filialen wurden die Fragebogen für 118 Betriebe mit 3466 Beschäftigten, gegen 132 Betriebe mit 3542 Beschäftigten im Vormonat, eingesandt. Für 46 Betriebe mit 1724 = 49,8 % der Beschäftigten wird der Beschäftigungsgrad als sehr gut, für 57 Betriebe mit 1444 = 41,6 % der Beschäftigten als gut, für 14 Betriebe mit 296 = 8,5 % der Beschäftigten als befriedigend und für 1 Betrieb mit 2 = 0,1 % der Beschäftigten als schlecht bezeichnet. Die Zahl der Beurlaubten beträgt 276, die sich auf 92 Betriebe verteilen.

Im Laufe des Monats sind in 86 Betrieben 704 Kollegen eingestellt worden, 215 Kollegen haben ihre Arbeitsstelle, meist auf eigenen Wunsch, gewechselt.

Die wöchentliche Arbeitszeit wird im allgemeinen nach den tariflichen Bestimmungen eingehalten, sie beträgt für 112 Betriebe mit 3397 Beschäftigten von 45 bis 48 Stunden. Nur aus 2 Orten wird gemeldet, daß 60 bis 54 Stunden als regelmäßige Wochenarbeitszeit, allerdings unter Bezahlung der tariflichen Zuschläge für Ueberarbeit, anzugehen seien, unter besonderer Betonung der Tatsache, daß das Organisationsverhältnis in den in Frage kommenden 4 Betrieben zu wünschen übrig lasse. Aber auch einzelne Verbandsmitglieder seien hin und wieder allzu leicht zu Ueberstunden bereit.

Beschäftigten um eine halbe Stunde überschritten wird, ist für den Sonnabend eine vier- bis fünfstündige Arbeitszeit tariflich vereinbart. Wo aber eine Ueberschreitung der normalen tariflichen Arbeitszeit zur Gewohnheit zu werden droht, ermahnt den Tarifinsanzen die bringende Pflicht, im Interesse der Erhaltung des Achtstundentages nach dem Recht zu sehen und die Mißstände auf beschleunigtem Wege abzustellen. Man muß von unsern Kollegen verlangen, daß jeder für sich seine Rechte zu wahren und zu vertreten sucht, was unter dem gegenwärtigen guten Geschäftsgang nicht allzu schwer fallen dürfte. Wenn dem einzelnen Unternehmer so manche üble Angewohnheit aus den zurückliegenden Monaten der furchtbaren Arbeitslosigkeit auf schnellstem Wege gründlich wieder abgewöhnt wird, so wirkt sich das letzten Endes zum Nutzen der gesamten Kollegenschaft aus und bleibt auch nicht ohne Einfluß auf die kommenden Tarifverhandlungen.

Das Organisationsverhältnis hat sich im Berichtsmonat weiter gehoben und ist 86,6 % im April auf 87,5 vom Hundert gestiegen, obwohl die eingeleitete Werbetätigkeit für den Verband am Erhebungstage erst begonnen hatte. Wird die gute Konjunktur, die aller Voraussicht nach auch weiter anhält, zu einer zielbewußten Agitation ausgenutzt, dann schaffen wir uns die Grundlage, daß unser Beruf in den kommenden Jahren, in denen die seit Jahren zurückgestellten Bauvorhaben und Renovierungsarbeiten zur Ausführung kommen müssen, seinen Angehörigen ein auskömmliches Dasein unter günstigen Arbeitsbedingungen gewährleistet. Dazu gehört neben bestem Willen nur Einigkeit und Geschlossenheit im Verbands.

Die Fragebogen für Juni sind den Filialverwaltungen schon zugestellt worden. Stichtag ist der letzte Sonnabend des Monats (28. Juni). Die ausgefüllten Fragebogen müssen mit der Arbeitslosenstatistikartkarte spätestens am Dienstag, 3. Juli, zur Post gegeben werden.

Die Gewerkschaftsinternationale.

Am 2. Juni begann in Wien der 3. Internationale Gewerkschaftskongreß. Aus 21 Staaten waren 206 Delegierte erschienen, die 18 Millionen Mitglieder vertraten. Mertens (Belgien) eröffnete den Kongreß im Namen der Exekutive des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit einem Rückblick auf die internationale Gewerkschaftsentwicklung seit dem Kriege. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat sich nach dem Kriege neu konstituiert. Sein Ziel ist, die Gewerkschaften aller Länder, soweit sie den Klassenkampf anerkennen und eine sozialistische Gesellschaftsordnung anstreben, in eine gleiche Kampflinie zu bringen. Dem Bund können nur Gewerkschaftszentralen, und zwar in jedem Lande nur eine, angehören. Der Bund erstrebt die enge Zusammenarbeit der gewerkschaftlichen Landeszentralen und der internationalen Berufssekretariate, aber auch die Zusammenarbeit mit andern Organisationen, soweit dies im Interesse der Bewegung wünschenswert erscheint. Der Bund will die gewerkschaftliche Auffklärung fördern, besonders in den nicht angegliederten Ländern, er will bei Streitigkeiten innerhalb der Bewegung vermitteln, Statistiken aufnehmen, verarbeiten und vermerken, die Gesetzgebung in den Ländern verfolgen, Publikationen herausgeben, auf die Ein- und Auswanderung Einfluß nehmen und den Schiedsgerichtsgedanken sowie die Abrüstung fördern.

Zum Präsidenten des Kongresses wurde Purcell (England) gewählt. Nach Erledigung der Begrüßungen ernannte man die verschiedenen Kommissionen; dann erstattete Sassenbach den Tätigkeitsbericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Er hob hervor, daß sich in der Mitgliedschaft eine gewisse Stabilität bemerkbar mache und daß die Beziehungen der Gewerkschaften untereinander jetzt besser seien als vor dem Kriege. Der Organisationsgedanke fasse jetzt auch in zurückgebliebenen Ländern, wie Indien, Japan, Südamerika, Fuß. Die Verhandlungen mit der russischen Gewerkschaftszentrale mußten abgebrochen werden, die Russen halten keine Vereinbarungen, wollen die Gewerkschaften der politischen Partei unterordnen und die Kommunisten treiben ihre Zerstörungsarbeit weiter. Promies, Generalsekretär der englischen Gewerkschaften, verlangte dagegen die Fortsetzung der Verhandlungen mit der russischen Gewerkschaftszentrale. Graßmann erklärte unter großem Beifall der Kongreßmehrheit: Trotz ihrer Bedenken haben die deutschen Gewerkschaften den Ratollvertrag gebilligt, aber die Russen haben nicht aufgehört, den Vernichtungskampf gegen die Gewerkschaften zu führen. Graßmann erinnerte an das infame Rezept Lenins, Lüge, Schlawheit, illegale Methoden, Verheimlichung der Wahrheit anzuwenden, um in die Gewerkschaften einzudringen und diese der kommunistischen Partei unterzuordnen. "Wir sind bereit," so schloß Graßmann, "uns mit den Russen zu verständigen in dem Augenblick, wo sie den Kampf gegen Amsterdam einstellen und Garantien geben zur Anwendung anständiger legaler Methoden beziehungsweise Aufrechterhaltung der Verträge. Ohne solche Garantien müssen wir Verhandlungen ablehnen". Die Deutschen und Franzosen sprachen sich gegen Verhandlungen mit den Russen aus. Sodann wurde Bericht über die Statutenänderungen erstattet und das Referat Oudegeest über die internationale Gesetzgebung entgegengenommen. Die Frage wurde nach kurzer Aussprache der Kommission überwiesen, ebenso Punkt 7 und 8 der Tagesordnung. Ueberhaupt zeigte sich, daß die Beratungspunkte viel zu zahlreich waren, was im Wienum eingehender besprochen werden zu können. Ueber den Kampf um den Achtstundentag berichtete Mertens. Er legte dar, daß die Einwände der Unionsparteien gegen den Achtstundentag, namentlich die Behauptung, daß der Achtstundentag die Produktion vermindere, unrichtig ist. Die Herringerung der Produktion liegt nicht am Achtstundentag, sondern daran, daß im Kriege der Produktionsapparat zugrunde gerichtet wurde und nach dem Kriege keine modernen Produktionsmethoden eingeführt wurden, sondern die Unternehmer die Arbeiter nach altem Verfahren zu machen als Arbeitskräften ausbeuten wollen. Der Achtstundentag müßte international mit allen Mächten durchgesetzt werden und in der Kommission müßten die besten Kräfte dazu beitragen werden. In der Debatte sprach Sassenbach (Belgien) und erklärte, die Italiener würden, obwohl sie zur Zeit die größten Schwierigkeiten zu kämpfen hätten, alles tun, um den Achtstundentag zu erhalten. Darauf

gingen die Anträge zur Frage des Achtstundentages an die Kommissionen, die an den beiden folgenden Tagen ihre Arbeiten erledigten.

Den Bericht der Kommission für soziale Gesetzgebung erstattete Smith; sie hatte dem Bericht Oudegeests wenig hinzuzufügen. Einstimmig forderte der Kongreß auf, für die berechtigten Forderungen der in der internationalen Organisation der Lebensmittelarbeiter zusammengeschlossenen Bäckereiarbeiterorganisationen einzutreten.

Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, weist auf die fünfjährige Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes hin. Das Arbeitsamt übt seine Tätigkeit aus ohne Rücksicht auf bestimmte Theorien und Lehren. Die Arbeitervertreter befinden sich in völliger Unabhängigkeit in der Verteidigung ihrer Forderungen. Trotz der wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten sind bisher über hundert Ratifizierungen internationaler Abkommen erfolgt. Das zeugt doch von ständiger Vorwärtsbewegung. An Stelle der früheren gelegentlichen internationalen Zusammenkünfte von Vertretern der Regierungen, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer ist jetzt die ständige Aktion getreten, und diejenigen Länder, die die Uebereinkommen nicht ratifizieren, müssen sich rechtfertigen. Thomas ist überzeugt, daß es heute nicht mehr möglich ist, wie 1914 alle internationalen Beziehungen mit einem Schläge zu trennen. Die internationale Bewegung ist Wirklichkeit geworden. Die Zukunft werde die Versprechungen im 13. Abschnitt des Versailler Friedensvertrages verwirklichen.

Den Bericht der Finanzkommission erstattete Sassenbach. Die Kommission empfahl, den Beitrag zum Internationalen Gewerkschaftsbund auf 12 holländische Gulden für je 1000 Mitglieder pro Jahr festzusetzen. Landesorganisationen, denen es aus Kalatagründen nicht möglich ist, diesen Beitrag zu zahlen, können den Antrag stellen auf Herabsetzung des Beitrages.

In der Frage Moskau-Amsterdam schlägt die Kommission eine Resolution vor, in der sie ihr Bedauern darüber ausdrückt, daß die russischen Gewerkschaften sich weigern, die Satzungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes anzuerkennen und ihm deshalb fernzubleiben müssen. Der Kongreß empfiehlt, daß das Bureau soweit wie möglich, ohne die Würde des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu verletzen, seine Bemühungen fortsetzt, die russischen Gewerkschaften auf Grund der Bestimmungen seiner Satzungen dem Internationalen Gewerkschaftsbund einzuverleiben. Die Kommission bringt weiter eine Resolution in Vorschlag zur Bekämpfung der Reaktion. Sie billigt die Aktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes und ersucht ihn, dieselbe fortzusetzen, bis die Freiheit der gewerkschaftlichen Betätigung gesichert ist. Die Resolution spricht den Opfern der Reaktion, insbesondere in Italien, ihre Sympathie aus und ermächtigt das Bureau, den italienischen Genossen mit allen Mitteln zu Hilfe zu kommen, und ebenso das Vorbringen des Faschismus in allen andern Ländern zu verhindern.

In der Frauenfrage bestätigt die Kommission den Beschluß der Frauenkonferenz.

Nach einem Schlußwort von Sassenbach wurden sämtliche Resolutionen einstimmig angenommen.

Die Bergarbeiter-Internationale übermittelte dem Kongreß eine Resolution, betreffend die Reparationen, und ersucht den Internationalen Gewerkschaftsbund, deren Lösung gemäß seinen vorherigen Beschlüssen und dem Gutachten der Sachverständigen zu beschleunigen und den anwesenden Delegierten nahezu legen, bei ihren Regierungen darauf zu dringen, daß die Kohlenlieferungen Deutschlands entsprechend den Beschlüssen der Bergarbeiter-Internationale festgelegt werden.

Auf Vorschlag der Engländer wurde beschlossen, den nächsten Internationalen Gewerkschaftskongreß in Paris abzuhalten.

Brown berichtete über die vorzunehmenden Statutenänderungen, die insbesondere die Vertretung der kleineren Länder erweitert.

Mertens erstattet den Bericht der Kommission für den Achtstundentag. Die Kommission empfiehlt, der von Mertens vorgeschlagenen Entschließung hinzuzufügen, eine internationale Kampagne vorzubereiten, deren Programm die Aufrechterhaltung des Achtstundentages, die Wiedereroberung der verlorengegangenen Erwerbsmöglichkeiten, wie die Eroberung des Achtstundentages in allen den Ländern, in denen er noch nicht eingeführt ist, sein muß, bis die vollständige Ratifizierung des Washingtoner Abkommens eine endgültige Regelung herbeigeführt hat.

In der Reparationsfrage wurde beschlossen, daß der ISB alles unternimmt, damit ein endgültiger Vertrag zustande kommt, der die Reparationen regelt. Eine neue Klausel wurde aufgenommen, die die Rechte der deutschen Arbeiter schützt.

Der ISB wurde beauftragt, seine Versprechungen mit der Sozialistischen Internationale fortzusetzen, um die dort stehenden Forderungen durchzusetzen. Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Zum Vorsitzenden des Vorstandes wurde der Vorsitzende des Gewerkschaftskongresses Purcell gewählt. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Jouhaux-Frankreich, Mertens-Belgien, Leipart-Deutschland und zu Sekretären Brown-England, Oudegeest-Irland, Sassenbach-Deutschland. Hierauf schloß der Vorsitzende nach einem kurzen Rückblick auf die Tagung den Kongreß mit dem Ruf: "Es lebe die Internationale!"

Friede und Gedeihen für Deutschland und Europa.

Ein vernünftiger amerikanischer Friedensfreund hat vor kurzem einen Friedenspreis gestiftet. Das Thema des Preisauschreibens lautet: Wie kann Friede und Gedeihen für Deutschland und Europa durch internationale Zusammenarbeit gesichert werden? Der erste Preis beträgt 5000 Dollar, die gleiche Summe steht für weitere Preise zur Verfügung. Wir können ein solches Preisauschreiben nur begrüßen.

Nicht nur weil wir hoffen, daß einigen hungernden geistigen Arbeitern eine günstige Gelegenheit geboten wird, ihre Finanzen durch diesen Dollarsiegen in Ordnung zu bringen, sondern auch, weil wir eine jede Gelegenheit der Propaganda für die Entfaltung der Ideen, die zum Frieden und Gedeihen Deutschlands und Europas führen können, willkommen heißen. Nichts ist heute wichtiger, als eben diese Propaganda. Einige Nebenstände machen uns allerdings etwas stutzig. Zunächst einmal ist dieses Preisauschreiben die Fortsetzung eines vor kurzem in Amerika veranstalteten, bei dem nicht weniger als 2.166 Pläne eingelaufen sind. Uns liegt der Wert der durch die Liga für internationale Versöhnung veröffentlichten preisgekrönten Arbeit vor. Sie verblüfft durch ihre Breite und Bedeutungslosigkeit. Durch eine Anzahl rein juristischer Formalitäten müßte der amerikanische Verfasser den Frieden sichern. Er meint, daß einige Juristen durch Entwicklung der Regeln des internationalen Rechtes die Sehnsucht der Völker nach Frieden und Zusammenarbeit erfüllen könnten. Die Preisrichter haben dem glücklichen Autor zugestimmt. Im Preisauschreiben für Deutschland fällt auf, daß im Ausschuß zur Durchführung desselben Mitglieder aller Parteien vertreten sind. Man möchte noch Näheres wissen: Sind denn die Parteien, die Krieg, Raub, Vergeltung fortwährend im Munde führen und die ärgsten Feinde des Friedens sind, auch in dem Ausschuß vertreten? Oder hätten diese Parteien aus Anlaß des Preisauschreibens ihre Meinungen geändert? Nach den Bedingungen des Preisauschreibens müssen die Pläne so durchgearbeitet sein, daß sie innerhalb der verfassungsmäßigen Gesetzgebungsperiode des Reichstages in Wirksamkeit gesetzt werden können. Man wäre versucht, zu glauben, daß der Ausschuß des Preisauschreibens das Problem ähnlich ansetze wie die amerikanische Kommission und durch die Schaffung einiger Gesetze, die obenbrein noch so gefaßt werden müssen, daß sie von der gegenwärtigen Mehrheit der Parteien angenommen werden, Frieden und Gedeihen Europas sichern zu können glaubt. Doch würde diese Annahme von einer solchen grenzenlosen Naivität zeugen, daß sie vielleicht dem Ausschuß doch nicht zugemutet werden kann.

Um Frieden und Gedeihen Deutschlands und Europas zu sichern, bedarf es einer bis auf den Grund gehenden Umwälzung der internationalen und der nationalen Politik, der Erziehung und der moralischen Auffassungen und nicht zuletzt auf dem Gebiete der Wirtschaft und der sozialen Bewegung. Ohne diese Umwälzung sind Einrichtungen und Gesetze leere Formen und Worte, die entweder unausgeführt auf dem Papier bleiben oder aber in das Gegenteil ihrer ursprünglichen Bedeutung verkehrt werden. Drei Beispiele sollen dies beleuchten: die Abrüstung beziehungsweise die Einschränkung der Rüstungen ist eine Forderung, die von jedem Friedensfreund vertreten werden muß. Es wäre aber töricht, zu glauben, daß, selbst wenn es gelingt — wie es bei der Washingtoner Abrüstungskonferenz der Fall war — die Zahl der erlaubten Kriegsschiffe usw. etwas herabzusetzen, daß damit die Kriegsgefahr gebannt oder auch nur wesentlich vermindert sei. An sich bedeuten solche Einschränkungen nichts weiter als einige Ersparungen an Rüstungsausgaben. Eine Anzahl anderer Voraussetzungen muß erfüllt werden, damit die Einschränkung der Rüstungen wirklich zur Verhütung des Krieges diene — in erster Linie muß ein anderer Geist als heute die Menschen beherrschen. Wenn zum Beispiel in den Schulen der Krieg als Grauel und Verbrechen an den heiligsten Gütern der Menschheit gebrandmarkt würde, statt ihn zu preisen, so würde dies allein mehr zur Verhütung des Krieges beitragen als eine Einschränkung der Rüstungen. Ein zweites Beispiel liefert uns der Völkerbund, diese seiner Idee nach erhabene Einrichtung. Er sollte dem wirklichen Frieden und der Völkervernichtung dienen. Indem aber das moralische, politische und wirtschaftliche Gesicht der Welt das alte geblieben ist, konnte auch der Völkerbund nur ein getreues Abbild dieser Welt darstellen, er wurde zu einer Frage. Unter seinem Schutze werden Völker, die nach Unabhängigkeit streben, wie Mesopotamien, Syrien usw. bezwungen. In seinem Namen werden "Sanierungen" der Paläna vorgenommen, die von Völkerbundskommissaren geleitet werden. Diese Sanierungen bedeuten aber in erster Linie gute Geschäfte für Privatkapitalisten, die Anleihen gewähren, Verstärkung des Kapitals und Schädigung der Verbraucher, Abschaffung der sozialen Einrichtungen in den sanierten Ländern. Niemand kann behaupten, daß ein solcher Völkerbund dem Frieden und dem Wohlergehen der Völker diene. Andererseits kann der Völkerbund zum Werkzeug des wirklichen Friedens gemacht werden. Dies würde aber nicht durch eine Änderung seiner Satzungen erreicht, wie der naive amerikanische Preisrichter meint, sondern nur durch fundamentale Veränderung im Gesamtleben der Völker, die den Völkerbund gründeten oder ihm beigetreten sind.

Welches sind nun die wirklichen Voraussetzungen des Friedens und Gedeihens für Deutschland und Europa, die neuen Grundlagen, die geschaffen werden müssen, um den Frieden sichern? Von der Notwendigkeit einer moralischen Erneuerung, von der Bedeutung der Erziehung zu wahrer Menschlichkeit haben wir bereits gesprochen. In den internationalen Beziehungen der Länder herrschen immer noch die Geheimpolitik der Berufsdiplomaten und das verberbliche System der Bündnisse, das noch immer als das geeignete Mittel für die Verheerung und Erweiterung der nationalen Macht angesehen wird. Die großen internationalen Konferenzen, die wenigstens unter der Kontrolle der öffentlichen Meinung standen, sind alle ergebnislos abgelaufen. Politische und wirtschaftliche Intrigen spielen haben diese von vornherein zur Fruchtlosigkeit verurteilt.

Der ärgste Feind des Friedens ist der Imperialismus, das Streben der Machterweiterung außerhalb der Grenzen des eigenen Landes. Er hat verschiedene Wurzeln und ist sowohl in dem feudalen Charakter einzelner Länder, dem automatischen Kriegsbedürfnis der großen Armeen, in der Interessenslage einzelner Mittelstandsklassen, die einen "Platz an der Sonne" suchen, wie in den großkapitalistischen Bestrebungen nach Ausbeutung von Kolonien durch Waren- und Kapitalausfuhr und Konzessionen verankert. Um ihm wirksam zu begegnen, bedarf es einer

Angah grundlegender Veränderungen. Statt feudaler Regierung — wirkliche Demokratie, welche die Macht nicht nur dem Schein nach, sondern in der Tat dem Volk überläßt. Diese Demokratie ist kaum noch irgendwo verwirklicht. Entfaltung der Produktivkräfte innerhalb des Landes, um den Volksgenossen, sowohl geistigen als auch Handarbeitern, Lebensmöglichkeit zu bieten. Veranbarung der Armeen und ihre Unterordnung unter die Volksherrschaft, damit sie nicht zum Mittel der Vertreibung zum Organ für Eroberungen werde. Erziehung zur Achtung für die Rechte und die Unabhängigkeit anderer Völker. Nicht zuletzt aber der Kampf gegen das Monopolkapital, gegen die Auswüchse der Kruste und Kongerne, die durch die für die internationalen Beziehungen unheilvollen Hochzinspolitik begünstigt. Träger der imperialistischen und kriegerischen Politik sind. Es gilt, gegen sie — solange sie noch Bestandteile der Wirtschaftsordnung sind und nicht von einer Gemeinwirtschaft abgelöst werden können — ein wirksames politisches Gegengewicht zu schaffen. Die Herstellung und Befahrung von Munition und Kriegsausrichtungen durch private Firmen muß insbesondere bekämpft werden.

Es gibt aber auch andere Momente im Wirtschaftsleben selbst, die das Gedeihen, aber auch den Frieden Deutschlands und Europas gefährden und für die eine Zusammenarbeit der europäischen Völker dringend erforderlich wäre. In erster Linie steht die Notwendigkeit von wirtschaftlichen Maßnahmen, die wir unter dem Sammelbegriff „Stabilisierung“ zusammenfassen können. Stabilisierung des Geldwertes — hier wäre für die Zusammenarbeit der verschiedenen Notenbanken, von denen einige zu viel, andere aber zu wenig Gold besitzen, ein großer und nützlicher Spielraum. Stabilisierung der Konjunktur, wofür in erster Linie eine durchgreifende internationale Neuordnung des Kreditwesens notwendig wäre. Das internationale Finanzkapital, das die Krisen, statt sie zu verhüten, aus Profitinteressen auf verschiedene Weise hervorruft oder zu verlängern pflegt und unheilvollen die einzelnen Volkswirtschaften durch schädigenden Spekulationen Vorschub leistet, müßte unter eine wirksame Kontrolle der Völker gestellt werden. Auch in bezug auf die Rohstoffversorgung und Preisbestimmung harren verschiedene Fragen einer internationalen Lösung, um durch eine zwischenstaatliche Ausgleichung der nötigen Rohstoffe und des Preisniveaus die Stabilisierung der Produktion und damit die Ordnung des Wirtschaftslebens zu sichern. Hierdurch kann der Friede am kräftigsten gefördert werden. Diese Probleme hängen eng mit den sozialen zusammen. So könnte eine internationale Festsetzung der Löhne in den verschiedenen Berufsgruppen ausgleichend und befriedigend wirken, während heute dank der Verschiedenheiten die Arbeiter in dem einen Lande unter niedrigen Löhnen, in dem andern unter Arbeitslosigkeit leiden müssen. Damit würde aber die Vereinheitlichung der sozialen Gesetzgebung einhergehen. Es ist für die Vermeidung eines Konkurrenzkampfes bis aufs Messer, der den Frieden gefährdet, außerordentlich wichtig, daß die sozialen Klassen — unter Berücksichtigung gewisser natürlicher Unterschiede — auf alle Länder gleichmäßig verteilt werden sollen. Auch muß die Bevölkerungsabwanderung — die Ein- und Auswanderung — in einer Weise international geregelt werden, daß die Lebensbedingungen vermindert und die friedliche Zusammenarbeit gesteigert werde. Daß die gegenwärtige Handelspolitik mit ihren hohen Schutzschranken auf Lebensmittel und Industrieartikel und mit ihren Abwehrmaßnahmen für den Frieden und das Gedeihen Europas nicht förderlich ist und deshalb abgebaut werden muß, braucht nicht besonders betont zu werden.

Für das Gedeihen Deutschlands und Europas ist aber auch die aktive Mitwirkung des „neuen Reiches“ der Welt, der Vereinigten Staaten, unbedingt erforderlich. Was Amerika seit dem Kriege für Europa geleistet hat, ist außerst wenig, ja es drohen sogar Europa seitens der Vereinigten Staaten durch ihre Rohstoffpolitik Hochzinspolitik und Einwanderungsverbote neue Erschwernungen für die Zukunft. Als Geldgeber für Europa waren die Vereinigten Staaten bisher außerst zurückhaltend, und die Streichung der Kriegsschulden läßt immer noch auf sich warten. Der preisgekrönte amerikanische Verfasser gibt uns diesbezüglich keine Hoffnungen. Wird unser amerikanischer Kreisritter es nicht für unhöflich halten, wenn auf die Rolle der Vereinigten Staaten für die Wohlfahrt Europas hingewiesen wird?

Friede und Gedeihen für Deutschland und Europa — wahrlich eine hehre Aufgabe. Man würde gerne zu ihrer Verwirklichung mehr Zeit als „die gegenwärtige Legislaturperiode des Reichstages“ ausgeben. Doch wird sie — wieviel Zeit auch verfliehe mag — nicht eher erreicht werden, als bis die gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung im Sinne unseres sozialistischen Programms umgestaltet sein wird.

Der Kampf gegen den Krieg.

Von Johann Sassenbach,
Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Kriegsgefahr ist nicht dadurch zu beseitigen, daß erst im Augenblick der höchsten Spannung verweilte Schritte unternommen werden; viel wichtiger ist, ständig und unabhängig den Willen zum Kriege zu bekämpfen.

Vor dem Weltkriege, der vor 10 Jahren ausbrach, wußten die Völker Europas kaum, was Krieg in Wirklichkeit bedeutet. Während des Krieges haben sie seine Tragik kennengelernt und sie begannen, ihn zu hassen. Dieser Haß wurde noch stärker nach dem Kriege, als man in den Stand gesetzt wurde, die Resultate zu übersehen und einen Blick hinter die Kulissen zu werfen.

Sollen weitere Kriege vermieden werden, so darf dieser Haß nicht wieder einschlafen. Es ist ein heiliger Haß, der wachgehalten werden muß. Die Völker dürfen ihre Leiden nicht vergessen, die Kriegsteilnehmer nicht ihre Entbehrungen und die menschenschändenden Handlungen, zu denen sie wider ihren Willen gezwungen wurden, die Kriegs-

krämpfe nicht ihre Qualen und die Hinterbliebenen nicht ihre Toten.

Wie der einzelne nicht das Recht hat, mit Gewalt seinen Willen durchzusetzen und seinen Gegner niederzuschlagen, so steht einer Gesellschaft von Menschen, mag sie sich auch Staat nennen, dieses Recht ebensowenig zu; auch hier gibt es eine höhere Gerechtigkeit, der man sich unterzuordnen hat. Auch hier ist Gewalt und Gewaltanwendung nicht zulässig, sondern Barbarei und Verfündigung an der Menschheit. Ist man nicht imstande, die Streitigkeit unter sich auf freundschaftlichem Wege zu erledigen, so lassen sich ebensogut, wie im Privatleben, Schlichtungs-Einrichtungen schaffen, die dem einzelnen eher zu seinem Recht verhelfen, als die Krieg genannte Menschenmätcherei, wobei nicht Vernunft und Recht, sondern die rohe Gewalt den Ausschlag gibt.

Alle Volkstreffen haben Ursache, den Krieg zu hassen und auf die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen einzelnen Staaten hinzudrängen, am meisten aber die Arbeiterklasse, die am schwersten unter dem Kriege und seinen Folgen zu leiden hat; die Arbeiterklasse, die längst lernte, im Klassenkampf auf der andern Seite der Grenze nicht den Feind, sondern den Freund, den Gleichleidenden und Gleichstrebenden zu sehen.

Die Arbeiterklasse war es auch, die sich nach Beendigung des Krieges am ehesten wieder zusammenschloß, um gemeinsame Wege zu gehen; sie ist auch heute der stärkste Widerstand von Kriegsgeschrei und Kriegsrüstung und allem, was zu neuen Kriegen führen kann. Sie erhebt unausgesetzlich in allen Ländern ihre Stimme und die zehnjährige Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruches muß ihr Veranlassung geben, ihre Stimme besonders laut ertönen zu lassen.

Um dazu Gelegenheit zu bieten, hat der Internationale Gewerkschaftsbund beschlossen, am dritten Sonntag im September einen Internationalen Anti-Kriegs-Tag zu veranstalten. Damit wird die Arbeiterklasse der ganzen Welt in den Stand gesetzt, zur selben Stunde ihrer Abneigung gegen den Krieg und ihrem Wunsch nach friedlichem Nebeneinanderarbeiten Ausdruck zu geben. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß diesem Rufe willig gefolgt und daß am 21. September das Wort „Krieg dem Kriege“ in der ganzen Welt ertönen wird.

Aber nicht allein am 21. September wird dieser Ruf erklingen, das ganze Jahr 1924 muß von ihm erfüllt werden. Dazu geben die Vorbereitungen zum Anti-Kriegs-Tag, die bald in allen Ländern einsetzen müssen, genügend Gelegenheit, und das Echo des Anti-Kriegs-Tages muß noch lange anhalten.

Aus Unternehmerkreisen.

Der Reichsbund für das deutsche Malergewerbe beruft seine diesjährige Hauptversammlung, verbunden mit dem 11. deutschen Malertag, zum 31. Juli und folgende Tage nach Hannover ein.

Der Niedersächsisch-Malerverband veranstaltet vom 16. Juli bis 18. August dieses Jahres in Hannover im Künstlerhaufe Handwerk und Farbe eine Ausstellung hochwertiger Handwerkszeugnisse und Raumausstattungen.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat beim preussischen Wohlfahrtsministerium beantragt: „Dem Baugewerbe die Mittel zum Wohnungsbau ebenso wie den großen Siedlungs- und Wohnungsfürsorgegesellschaften vom Staat aus unmittelbar zur Verfügung zu stellen“. Gegen eine Zuweisung durch die Gemeinden müßte der Reichsverband erhebliche Bedenken tragen, da der Sonderzweck der Steuer nur erreicht werden könne, wenn von vornherein auf jede zwangswirtschaftliche Einschränkung verzichtet werde. Das Handwerk selbst will durch die Handwerkskammern in Form einer besonderen Umlage Mittel für den Wohnungsbau aufbringen. Falls das preussische Handelsministerium einer Pflichtumlage nicht zustimmen sollte, will es angeblich die Mittel durch eine freiwillige Umlage aufbringen. — Das letztere sollte das Handwerk nur tun und auf die Mittel aus der Hauszinssteuer verzichten. Es wird dann auch durch keine „zwangswirtschaftliche Einschränkung“ behindert sein.

Baugewerbliches.

Die Entwicklung der Facharbeiterlöhne im Jahre 1923 und ihr Einfluß auf die Arbeitsleistung. Die Mittelfränkische Bauhütte in Nürnberg bringt in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1923 eine Aufstellung über die Entwicklung des Facharbeiterlohnes im abgelaufenen Geschäftsjahre. Sie stellt für jede Lohnwoche den Papiermarkstundenlohn seinem Goldwert am Ende der Lohnwoche und seinem Goldwert am Lohnzahlungstage gegenüber. Es ergibt sich, daß der niedrigste Papiermarkstundenlohn in der ersten Lohnwoche im Januar 350 M., der höchste Papiermarkstundenlohn in der Woche vom 14. bis 20. November 600 000 000 M. betrug. In Goldmark umgerechnet waren 350 Papiermark am Ende der ersten Lohnwoche im Januar 20 und am Tage der Auszahlung 17 Goldpfennige. In der Lohnwoche vom 14. bis 20. November waren die 600 000 000 000 Papiermark am Ende der Lohnwoche 59,8 und am Tage der Auszahlung 59,8 Goldpfennige. Der niedrigste Stundenlohn in Goldmark wurde in der Woche vom 24. bis 30. Januar gezahlt. Er betrug bei einem Papiermarkstundenlohn von 470 M. am Ende der Lohnwoche und am Tage der Auszahlung 5 Goldpfennige. Der höchste Goldmarkstundenlohn wurde in der Lohnwoche vom 19. bis 25. September erreicht. Er betrug bei einem Papiermarkstundenlohn von 23 289 000 M. am Ende der Lohnwoche 80 1/2 Goldpfennige, hatte sich aber am Lohnzahlungstage — 3 Tage später — bereits auf 60,9 Goldpfennige entwertet. Die Bauhütte weist in ihrem Geschäftsbericht darauf hin, daß die fortgesetzten Lohnsorgen die Arbeiter mißmutig gemacht und ihre Arbeitsfreudigkeit und Schaffenskraft gelähmt hatten. Die ziffernmäßige Darstellung der Lohnentwicklung im vergangenen Jahre wird in anschaulicher Weise ergänzt durch eine graphische Tabelle, die der Zentral-

verband der Dachdecker Deutschlands über die Differenz zwischen den tariflich vereinbarten und den wirklich ausgezahlten Löhnen für die Dachdecker im zweiten Halbjahr 1923 darstellt. Aus der Aufstellung ergibt sich, daß in einzelnen Lohnzahlungswochen infolge der rasenden Geldentwertung nur ein geringer Bruchteil des tariflich vereinbarten Lohnes tatsächlich ausgezahlt wurde. Der durchschnittlich ausgezahlte Stundenlohn betrug 29,4 Goldpfennige, während 70,4 Goldpfennige vereinbart waren. Die Dachdecker haben demnach weniger als die Hälfte des vereinbarten Lohnes erhalten. Sie sind durch die Geldentwertung in schlimmster Weise enteignet worden.

Entwicklung der Wohnungskosten. Nach Mitteilung der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ haben sich die Wohnungskosten wie folgt geändert, wenn man die Kosten des Jahres 1913/14 = 1 setzt:

| | |
|------------------------------|---------------------------|
| 1913/14 = 1 | 8. März 1924 ... = 0,38 |
| 28. November 1923 ... = 0,05 | 17. März 1924 ... = 0,38 |
| 7. Januar 1924 ... = 0,28 | 16. April 1924 ... = 0,53 |
| 4. Februar 1924 ... = 0,33 | 14. Mai 1924 ... = 0,55 |

Nach dieser Aufstellung sind die Mieten heute bereits auf 55 % der Friedensmieten gestiegen. Die Miete nimmt bereits etwa 18 bis 17 % des Einkommens der minderbemittelten Bevölkerung in Anspruch.

Gewerkschaftliches.

Die Gestaltung der Löhne im April. Die Darstellung der Lohngestaltung im zweiten Maiheft der „Wirtschaft und Statistik“ für den Monat April ist um so lehrreicher, als sie bereits unter Berücksichtigung der verlängerten Arbeitszeit verfaßt wurde. Dabei sind die Löhne auch für die tarifmäßige Mindestarbeitszeit von 48 Stunden berechnet. Die Durchschnittsreallohn waren im April bei sämtlichen regelmäßig erfaßten Gewerbegruppen für Gelehrte bei verlängerter Arbeitszeit um 0,7 % geringer als im März und betragen 28,98 Goldmark = 78,8 % des Vorkriegswochenlohnes. Ebenso ist der Reallohn der Ungelernten um 0,05 % seit März gesunken und betrug 21,04 M. = 80,2 % des Vorkriegswochenlohnes. Rechnet man diese Reallohn auf Achtstundenarbeit, so ermäßigt sich der Realwochenlohn für Gelehrte auf 25,74 M. = 75 % und für Ungelernte der höchsten tarifmäßigen Altersstufe auf 20,88 M. = 80,2 % des Vorkriegswochenlohnes. In Wirklichkeit waren aber die Reallohn noch viel ungünstiger, da die „Wirtschaft und Statistik“ die Reallohn über die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten errechnet. Diese aber ist für diesen Zweck vollkommen unbrauchbar. Ihr zufolge wären die Kosten der Lebenshaltung im April nur 12 bis 14 % höher als vor dem Kriege, während es doch feststeht, daß sämtliche Preise außer der Wohnungsmiete, die aber ebenfalls monatlich steigt, um 40 % und mehr über Friedensparität standen. (Für den 4. Juni rechnet diese Reichsindexziffer mit einer Steigerung der Lebenshaltung von 13 % über Friedensstand!) Die niedrigsten Reallohn finden wir in der Papier erzeugenden und in der Textilindustrie. Der durchschnittliche Realwochenlohn ist für sämtliche Kategorien unter 30 M. wöchentlich, während der höchste Nominallohn — für die Bergarbeiter — 33,85 M. pro Woche betrug.

Die Beamten fordern Vorauszahlung der Juli-Gehälter. Dadurch, daß die im Reichstag vorliegenden Besolungsanträge nicht sofort dem Hauptausschuß überwiesen wurden, sondern erst Ende des Monats im Plenum behandelt werden sollen, so daß die Ausschüßberatungen erst Mitte Juli zu einem Ergebnis führen können, ist für die Beamten der unteren Besolungsgruppen eine geradezu trostlose Lage entstanden, da sie nunmehr 2 Monate lang mit den völlig unzulänglichen Gehältern leben müssen. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes fordert deshalb von der Reichsregierung, daß sie die alsbaldige Vorauszahlung der Juligehälter anordnet.

Der Verband der Zimmerer Deutschlands hielt vom 25. bis 28. Mai in Eisenach seinen 23. Verbandstag ab. Die Jahre der Inflation haben, wie allen Gewerkschaften, auch den Zimmererverband schwer geschädigt. Doch ist es gelungen, den Verband über die schlimmsten Zeiten hinwegzubringen. Aufgabe des Verbandstages muß es nun sein, die Finanzlage zu stärken und den Wiederaufstieg vorzubereiten. In den Geschäftsberichten des Verbandsvorstandes wurden die wirtschaftlichen Ereignisse der letzten Jahre und ihre Ursachen scharf gekennzeichnet. Der Anstoß der Reaktion auf den Achtstundentag sowie die auf den Abbau der sozialen Einrichtungen gerichteten Bestrebungen des Unternehmertums und der Regierung wurden scharf kritisiert. Es gelte, alle Kraft aufzuwenden, um diesen Vorstoß der Reaktion erfolgreich abzuwehren. Auch einige unangenehme Vorgänge innerhalb des Verbandes, hervorgerufen durch die verschiedene politische Einstellung der Verbandsmitglieder, mußten behandelt und ihre Klärung herbeigeführt werden. Scharf kämpften in der Aussprache die Vertreter der verschiedenen Auffassungen gegeneinander. Die Verbandsleitung hatte eine Entschließung vorgelegt, die sich stützte auf die bisherige grundsätzliche Haltung des Verbandes und die ganz besonders die Einheit des Verbandes bezwecken will. Sie gelangte in namentlicher Abstimmung mit 117 gegen 38 Stimmen zur Annahme. Ihr Schlußabschnitt lautet: „Der 23. Verbandstag des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands fordert von allen Verbandsmitgliedern, daß sie die grundsätzliche Haltung des Verbandes beachten und im Interesse der Einheit der gewerkschaftlichen Organisation jeden parteipolitischen Streit im Verbandsvermeidung. Mitglieder, die diese Forderung nicht beachten und die sachliche Verbands- und Gewerkschaftsarbeit stören, insbesondere sich an Gegenorganisationen oder Sonderbestrebungen beteiligen, die die Einheit des Verbandes und der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung bedrohen, schädigen die Interessen des Verbandes und können dementsprechend nach den Satzungen behandelt werden.“ Weiter nahm der Verbandstag Stellung zur Erwerbslosenfürsorge und Pflichtarbeit. Für erstere forderte er eine neue gesetzliche Rege-

